

Erwerbstätigen-Rekord und Wachstumsschub

Der Aufschwung kommt an

Viele Millionen Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt und persönlich von der herausragenden Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit sank auf das Niveau der frühen 1990er-Jahre, die Wirtschaft wächst und wächst. Die christlich-liberale Regierung hat Deutschland wieder zur Konjunkturlokomotive in Europa gemacht.

In diesem Monat waren in Deutschland so wenige Menschen ohne Arbeit wie seit 18 Jahren nicht mehr. Inzwischen gibt es nur noch 2,95 Millionen Erwerbslose. Das sind 283.000 Menschen weniger als im Vormonat. Die Quote liegt bei sieben Prozent, in Bayern sogar unter vier Prozent. Ab diesem Wert sprechen Experten von Vollbeschäftigung. Bei Amtsantritt der unionsgeführten Bundesregierung 2005 hatte das Land auf einen Winter mit 5,29 Millionen Arbeitslosen (12,7 Prozent) zurückgeblickt. Da sich dieser Abbau der Arbeitslosigkeit auch von der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen nicht aufhalten ließ, spricht man im Ausland bereits vom „zweiten deutschen Wirtschaftswunder“. Tatsächlich erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit 40,9 Millionen einen Rekordwert in der Geschichte der Bundesrepublik.

Auch der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, blickt optimistisch auf den Arbeitsmarkt, dessen saisonbereinigte Bilanz ebenso erfreulich ist wie die absoluten Zahlen: „Die Arbeitslosigkeit sinkt, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Erwerbstätigkeit wachsen weiter kräftig und die Nachfrage nach Arbeitskräften ist hoch.“ In der Tat gibt es diesen Monat in Deutschland sogar 400.000 offene Stellen. Auch weitere Details der Arbeitsmarktbilanz stimmen zuversichtlich: So sank etwa die Zahl der Kurzarbeiter weiter rapide auf zuletzt 173.000, was einen Rückgang von rund 849.000 im Jahresvergleich bedeutet. Die christlich-liberale Koalition hatte mit

wichtigen stützenden Maßnahmen dafür gesorgt, dass die positive konjunkturelle Entwicklung durch die Folgen der Krise nicht unterdrückt wurde. So verlängerte sie die Kurzarbeitergeld-Regelung und stabilisierte im Frühjahr die Lohnnebenkosten auf einem niedrigen Niveau. Aus Sicht des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Dr. Hans-Peter Friedrich, konnten diese Maßnahmen deswegen optimal wirken, weil sie mit anderen günstigen Faktoren zusammentrafen: „Eine verantwortungsvolle Tarifpolitik, die Stärkung der Wachstumskräfte durch eine gezielte Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie ein erfolgreiches Krisenmanagement – all das hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland unter den führenden Industriestaaten am besten mit der Krise fertig geworden ist.“

Millionen Bürgerinnen und Bürger profitieren direkt und persönlich von diesem Aufschwung. Dazu zählen insbesondere diejenigen, deren Arbeitsplatz gesichert wurde, und die Menschen, die eine neue Stelle fanden, sowie deren Angehörige. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen einer Forsa-Umfrage wider, die am Mittwoch veröffentlicht wurde. Laut der Studie rechnen immer mehr Deutsche mit einer weiteren positiven Entwicklung der Wirtschaftsleistung. Zuvor hatte die unionsgeführte Bundesregierung ihre Wachstumsprognose für 2010 auf 3,4 Prozent nach oben korrigiert – eine Quote, die nicht mehr nur auf den starken Export, sondern auch auf den privaten Konsum und die Investitionen zurückgeht.

Sehr geehrte Damen und Herren,

unser Grundgesetz mit seinem Verständnis von Menschenwürde geht zu Recht davon aus, dass ein Embryo unabhängig vom Moment seines Entstehens an schützenswert ist und nicht instrumentalisiert werden darf. Mit neuen Methoden in der medizinischen Untersuchung, Diagnose und Behandlung stößt die Medizin in Bereiche vor, in denen nicht mehr nur diagnostiziert und geheilt wird. Es werden auch Fähigkeiten erlangt, Leben zu bewerten und zu gestalten. Die Zulassung der Präimplantationsdiagnostik (PID), also der Untersuchung einer außerhalb eines menschlichen Körpers zum Embryo verschmolzenen Ei- und Samenzelle vor der Einpflanzung in eine Gebärmutter, heißt deshalb auch Erlaubnis zur Selektion, zur Auswahl und das führt nach meiner festen Überzeugung zu einer Überforderung von Eltern, von Politik und Medizin.



Wer soll entscheiden und anhand welcher Kriterien soll festgelegt werden, ob ein Embryo ausgesondert, verworfen und abgetötet wird oder nicht. Ist das eine Erkrankung, welche die Lebensfähigkeit nach der Geburt unmöglich macht oder ein Down-Syndrom oder eine seltene Erkrankung, die ab dem 30. Lebensjahr zu Beeinträchtigungen führt. Wer einmal die Büchse der Pandora öffnet, bekommt sie nicht mehr geschlossen.

Wie kann nachhaltig verhindert werden, dass ein Screening der Babys zur Geschlechtsauswahl oder in Richtung Designer-Babys mit bestimmter Haarfarbe und äußeren Eigenschaften führt? Zudem sehe ich die Gefahr, dass die Zulassung der PID dazu führt, dass sich Eltern von behinderten Kindern rechtfertigen müssen. Die einzige klare – in vielen Einzelschicksalen von Eltern, die sich Nachwuchs wünschen auch schmerzhaft Lösung ist ein Verbot der PID.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Singhammer MdB

Bilanz des ersten Amtsjahres der christlich-liberalen Koalition

Politik für Arbeitsplätze

Die Arbeitslosigkeit in Deutschland liegt auf einem bemerkenswert geringen Niveau. Seit einigen Monaten ist die Zahl der Erwerbslosen nicht nur niedriger als vor Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise im Sommer 2008, sondern sogar so gering wie seit Anfang der 1990er-Jahre nicht mehr. Zuletzt lag die Arbeitslosenquote bei 7,0 Prozent. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg kräftig, während die Nachfrage nach Arbeitskräften konstant hoch blieb. Gleichzeitig sank die Zahl von Kurzarbeitern seit Mai 2009 um rund vier Fünftel. Besonders positiv ist die Entwicklung in Bayern, wo die Arbeitslosigkeit im Oktober 2010 nur noch 3,8 Prozent betrug – das ist weiterhin der beste Wert aller deutschen Länder. In einigen Landkreisen wurde bereits das Niveau der Vollbeschäftigung erreicht.

Politik für den Mittelstand

Die konsequenten Steuersenkungen der christlich-liberalen Koalition machen sich für den Mittelstand klar bemerkbar: Ein Handwerksmeister (Jahreseinkommen 54.000 Euro) mit zwei Kindern, dessen Frau im Betrieb angestellt ist, zahlt dieses Jahr 1.183 Euro weniger Steuern. Zudem erhält er 480 Euro mehr Kindergeld. Der von Union und FDP konsequent betriebene Bürokratieabbau stärkt darüber hinaus unternehmerisches Engagement und wirtschaftliche Dynamik. Bereits bis Ende 2009 wurden Maßnahmen beschlossen, die Vereinfachungen im Wert von sieben Milliarden Euro ermöglichen.

Dazu wurden keine zusätzlichen staatlichen Ausgaben oder Einsparungen bei staatlichen Leistungen notwendig. Die christlich-liberale Koalition setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass künftig alle neuen EU-Regelungsvorhaben automatisch von einer plausiblen Folgenabschätzung begleitet werden. Auch der Ausbildungsmarkt entwickelt sich trotz der schwersten Wirtschaftskrise seit drei Generationen positiv. Dies ist auch ein Erfolg des gemeinsam zwischen Regierung und Wirtschaft vereinbarten Ausbildungspakts, den die Arbeitgeber trotz widrigster konjunktureller Rahmenbedingungen einhielten.

Politik für die innere Sicherheit

Für eine weitere Erhöhung der Sicherheit klärt die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern über Möglichkeiten der Verhinderung von Straftaten auf; ein Schwerpunkt dieser Arbeit liegt auf der Prävention bei Kindern und Jugendlichen. Die Zahlen von Gewaltdelikten und Tatverdächtigen in dieser Altersgruppe gingen 2009 tatsächlich bereits deutlich zurück. Gleichzeitig erarbeitete die christlich-liberale Koalition eine Ersatzlösung für die Sicherungsverwahrung, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte untersagt hatte. Danach hätten in absehbarer Zeit bis zu 70 gefährliche Straftäter aus der Sicherungsverwahrung entlassen werden müssen. Der Standhaftigkeit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist es zu verdanken, dass nun eine Neuregelung der Sicherungsverwahrung, die Sicherungsunterbringung, in Kraft tritt, die auch für die erwähnten Altfälle anwendbar sein wird. Seit dem vergangenen Jahr machte sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag außerdem für eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs stark, um Polizeibeamte und Rettungskräfte künftig wirksamer schützen zu können. Nun wird das Strafmaß für entsprechende Übergriffe von zwei auf drei Jahre Freiheitsstrafe steigen.

Der Standhaftigkeit der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ist es zu verdanken, dass nun eine Neuregelung der Sicherungsverwahrung, die Sicherungsunterbringung, in Kraft tritt, die auch für die erwähnten Altfälle anwendbar sein wird. Seit dem vergangenen Jahr machte sich die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag außerdem für eine Verschärfung des Strafgesetzbuchs stark, um Polizeibeamte und Rettungskräfte künftig wirksamer schützen zu können. Nun wird das Strafmaß für entsprechende Übergriffe von zwei auf drei Jahre Freiheitsstrafe steigen.

Diese Woche

Erwerbstätigen-Rekord und Wachstumsschub

Der Aufschwung kommt an 1

Bilanz des ersten Amtsjahres der christlich-liberalen Koalition

Politik für Arbeitsplätze 2
 Politik für den Mittelstand 2
 Politik für die innere Sicherheit 2
 Politik für solide Finanzen 2
 Politik für die Familien 3
 Politik für den ländlichen Raum 3
 Politik für den Aufschwung 3
 Politik für die Zukunft 3
 Politik für die Schöpfung 3

Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs

Deutschland kämpft für Stabilität 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
 Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
 11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
 Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
 internet: www.csu-landesgruppe.de

Politik für solide Finanzen

Mit dem Haushalt 2011 beginnt der Weg aus dem Schuldenstaat. Die unionsgeführte Bundesregierung konsolidiert schwerpunktmäßig auf der Ausgabenseite. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag zur dauerhaften Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Staates. Bis zum Jahr 2014 sinken die Ausgaben jahresdurchschnittlich um rund 1,5 Prozent. Die Konsolidierung über die Beschränkung der Ausgaben geht jedoch nicht zu Lasten zukunftssträchtiger Investitionen. 2009 und 2010 belasteten die Folgen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die Haushalte der Kommu-

nen besonders. Zur Sicherung der kommunalen Finanzkraft hat die christlich-liberale Union deshalb die Gemeindefinanzreform-Kommission eingesetzt. Sie beschäftigt sich mit den kommunalen Finanzquellen, bei denen unser großes gemeinsames Ziel eine Verstetigung sein muss. Änderungen an der Gewerbesteuer darf es nach Überzeugung der CSU-Landesgruppe nicht gegen den Willen der Kommunen geben. Die Kommission erörtert auch größere Entscheidungsspielräume bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben und mehr kommunale Beteiligungsrechte bei der Gesetzgebung.

Politik für die Familien

Bereits kurz nach Amtsantritt erhöhte die christlich-liberale Koalition das Kindergeld um 20 Euro pro Kind und Monat. Der Steuerfreibetrag für Kinder stieg ebenfalls zum 01. Januar 2010. Auch beim Sparpaket hatten Familien Vorfahrt: Der Kinderzuschlag für Geringverdiener und das Kindergeld blieben unangetastet. Die notwendigen Korrekturen beim Elterngeld wurden ausgewogen gestaltet. Beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen hat die christlich-liberale Koalition ebenfalls Erfolge erzielt. Sie hat den zugesagten Bundesbeitrag gesichert, um bis 2013 für alle Kinder zwischen eins und drei spätestens maßgeschneiderte Kinderbetreuungsplätze bieten zu können. Auch wurde die Erbschaftsteuerbelastung insbesondere für Geschwister, Nichten und Neffen deutlich reduziert. Statt einem Steuertarif von 30 bis 50 Prozent gilt in diesen Fällen nunmehr ein Tarif von 15 bis 43 Prozent.

Politik für den ländlichen Raum

Als Soforthilfe in der Wirtschaftskrise hat die christlich-liberale Koalition umfangreiche Maßnahmen zur Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe beschlossen. Das Sonderprogramm, für das sich die CSU erfolgreich eingesetzt hatte, umfasste insgesamt 750 Millionen Euro. Wichtigste Bestandteile waren ein 300 Millionen Euro starkes Grünlandmilchprogramm mit Grünlandprämie und Kuhprämie sowie die Erhöhung des Bundeszuschusses an die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Diese Unterstützung durch die unionsgeführte Bundesregierung kommt direkt vor Ort an: Die Bruttobeiträge der Landwirte sanken im Bundesdurchschnitt um rund 45 Prozent. Außerdem konnte beim Agrardiesel der Selbstbehalt von 350 Euro pro Betrieb und die Obergrenze von 10.000 Litern auf Dauer gestrichen werden. Damit trug die christlich-liberale Koalition der Tatsache Rechnung, dass sich die deutschen Landwirte in einem harten internationalen Wettbewerb befinden.

Politik für den Aufschwung

Mit starken konjunkturellen Impulsen begegnete die Koalition den Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie entlastete Bürger und Unternehmen bereits zum 01. Januar 2010 um über 22 Milliarden Euro. Die weltweite Anerkennung unseres Aufschwungs – die EU-Kommission rechnet mit 3,4 Prozent Wirtschaftswachstum für 2010 – unterstreicht den Erfolg des Regierungshandelns. Für die Unternehmen besonders wichtig waren hierbei die Korrekturen im Unternehmen- und Erbschaftsteuerrecht und die Maßnahmen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der reinen Bio-

kraftstoffe in Deutschland. Nach einer Untersuchung des Weltwirtschaftsforums ist Deutschland in den Kreis der fünf wettbewerbsfähigsten Nationen aufgerückt. Besonders erfreulich ist, dass der dadurch angeregte Aufschwung in den vergangenen Monaten an Breite gewonnen hat: Neben den boomenden Exporten legen auch die Anlageinvestitionen und aufgrund der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt der private Konsum zu. Dass diese positive Entwicklung auch bei den Bürgern ankommt, zeigt der Anstieg der Reallöhne um 2,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Politik für die Zukunft

Die christlich-liberale Koalition macht Deutschland zu einer Bildungsrepublik. Union und FDP nahmen die Bereiche Bildung und Forschung vom Sparpaket der Bundesregierung aus. Die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung werden bis 2013 sogar um insgesamt zwölf Milliarden Euro ansteigen. Gleichzeitig hat die unionsgeführte Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern den Hochschulpakt verlängert. Ziel ist die Schaffung von 275.000 zusätzlichen Studienplätzen. Auch wird die finanzielle Förderung von Studenten und Auszubildenden aufgestockt: Die christlich-liberale Koalition setzte eine rückwirkende Erhöhung des Bafög

zum 01. Oktober 2010 durch. Der neue Höchstsatz beträgt 670 Euro. Gleichzeitig schuf die unionsgeführte Bundesregierung die Grundlagen für ein nationales Stipendienprogramm, mit dem künftig die besten zehn Prozent aller Studenten gefördert werden sollen. Mit der Initiative „Bildungsketten“ unterstützt die Bundesregierung mit den Ländern und Sozialpartnern besonders lernschwache Jugendliche, denen der Übergang von der Schule in die Ausbildung besondere Schwierigkeiten bereitet. Mit bis zu 1.200 neuen Berufseinstiegsbegleitern ermöglichen die Partner die Betreuung von bis zu 30.000 zusätzlichen Schülern.

Politik für die Schöpfung

In ihrem Energiekonzept formulierte die Bundesregierung Leitlinien für die Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele, während sie gleichzeitig die Grundlagen für eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung schuf. Das Konzept entwickelt nicht weniger als eine langfristig angelegte und alle Sektoren umfassende Strategie zur Bewahrung der Schöpfung. Es enthält ambitionierte Minderungsziele für die Treibhausgase und hohe Ausbauziele für die erneuerbaren Energien. Ein handfester Finanzierungsplan und eine wissenschaftlich fundierte Überwachung der gesteckten Ziele garantieren die Umsetzung. Im Rahmen des CO₂-Ge-

bäudesanierungsprogramms konnten seit 2006 bereits über 2,3 Millionen Wohnungen saniert oder besonders energieeffizient errichtet werden. Zusätzlich zu seinem positiven Effekt auf das Klima sorgt das Programm für Wachstum und Beschäftigung. Jährlich sichert oder schafft es 290.000 Arbeitsplätze. Auch deshalb stellt die unionsgeführte Bundesregierung 2011 zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Fördergeldern in Höhe von 436 Millionen Euro weitere 500 Millionen Euro zur Verfügung. Zudem entschärfte eine Änderung des Bundeswaldgesetzes bisher bestehende Zielkonflikte zwischen Ökonomie und Ökologie.

Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs

Deutschland kämpft für Stabilität

Vor den Gipfeltreffen von EU und G20 legte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel die Leitlinien ihrer internationalen Finanzpolitik dar. Ihr klares Plädoyer für Währungsstabilität und eine faire Regulierung der Finanzmärkte stieß im Deutschen Bundestag auf breite Unterstützung. Auch wenn sich viele europäische Staaten gegen härtere Sanktionen für Defizitsünder sträuben - die Abgeordneten wissen: Die unionsgeführte Regierung handelt nicht nur im deutschen, sondern auch im europäischen Interesse.

Die Stabilität des Euro ist ein zentrales Anliegen der christlich-liberalen Koalition. Entschlossen hatte sich die unionsgeführte Bundesregierung im Frühjahr für die Sicherung der Gemeinschaftswährung eingesetzt, nun nimmt sie Maßnahmen zur langfristigen Währungsstabilisierung in Angriff. Dies kündigte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel am Mittwoch vor dem Deutschen Bundestag an. Im Kern gehe es darum, so die Bundeskanzlerin, die Eurozone auf ein dauerhaft solides Fundament zu stellen und durch eine zielgenaue Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspakts die richtigen Anreize für solide Haushaltspolitiken in allen Mitgliedstaaten zu setzen. Gleichzeitig müsse jetzt damit begonnen werden, Vorkehrungen für den künftigen Umgang mit Eurostaaten zu treffen, die sich in wirtschaftlichen Notlagen befinden. Frau Merkel bekräftigte in ihrer Regierungserklärung erneut, dass dafür aus deutscher Sicht eine Vertragsänderung erforderlich sei: „Der neue Krisenbewältigungsrahmen muss rechtlich unangreifbar sein, ohne wenn und aber – klipp und klar. Das wird nur mit einer Änderung der europäischen Verträge gelingen.“ Das Zeitfenster dafür ist kurz: Die Bundeskanzlerin hat gegenüber den europäischen Partnern bereits mehrfach deutlich gemacht, dass sie die auf drei Jahre befristete Kreditvergabe an finanzschwache Eurostaaten in ihrer jetzigen Form nicht über den Sommer 2013 hinaus verlängern werde.

Frau Merkel entlarvte die unsachliche Kritik der Opposition an ihrer mit dem französischen Staatspräsidenten abgestimmten Initiative zur Stabilisierung des Euro: „Es ist wahr – eine deutsch-französische Einigung ist noch nicht alles in Europa. Aber ohne

eine deutsch-französische Einigung wird vieles nichts.“ Im Rahmen der zwanzig weltweit führenden Wirtschaftsnationen (G20) gelte es laut Merkel, die richtigen Lehren aus zurückliegenden Wirtschaftskrisen zu ziehen und einen Rückfall in den Protektionismus zu verhindern: „Wir



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel setzt sich international dafür ein, den Euro und die Finanzmärkte transparenter zu gestalten. Dazu fordert die christlich-liberale Koalition auch einen konsequenteren Umgang mit EU-Mitgliedstaaten, die die Stabilitätskriterien verletzen.

müssen die internationale Diskussion über angemessene Wechselkurse zwischen den weltweit bedeutendsten Währungen sachlich und in kooperativem Geist führen.“

In der kommenden Woche findet in Südkorea der diesjährige G20-Gipfel statt. Auch dort wird sich die Bundeskanzlerin dafür einsetzen, dass die richtigen Lehren aus der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise gezogen werden. Die unionsgeführte Bundesregierung wird auch bei dieser Gelegenheit fordern, sich nicht mit der erfolgreichen Bekämpfung der Krisensymptome zufrieden zu geben, sondern vielmehr ihre Ursachen zu bekämpfen. Insbesondere gelte es sicherzustellen, dass sich alle Finanzmärkte der gleichen Aufsicht unterwerfen und für sämtliche Finanzakteure und -instrumente die gleichen Regeln gelten. Deutschland und Europa hätten mit ihren

Maßnahmen zur Regulierung von Hedge-Fonds und Ratingagenturen sowie Vergütungsregeln für Banker diesbezüglich bereits Fortschritte erzielt.

Die Bundeskanzlerin kündigte an, weiterhin für eine angemessene Beteiligung der Banken und privater Akteure an den Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise einzutreten. Bei der Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise hätte sich die Bundesregierung weitergehende Maßnahmen vorstellen können, jedoch sei im Kreis der G20 nicht der erforderliche Rahmen gefunden worden. Die Bundesregierung unterstütze daher weiter mit Nachdruck die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Notfalls, so Frau Merkel, werde Europa in dieser Sache auch mit einer eigenen Initiative vorangehen.

Auch in der anschließenden Debatte wurde die Bedeutung des Einsatzes der Bundeskanzlerin für die Stabilität des Euro deutlich. Redner der Union zeigten auf, dass die Bundesregierung bereits wichtige Weichenstellungen für die Stärkung des Stabilitätspakts und die Schaffung klarer Regeln für mögliche künftige Krisen initiiert hat. Zwingend erforderlich sei es, dabei eine Einbeziehung privater Gläubiger sicherzustellen. Damit würde das klare Signal an die Finanzmärkte gesendet, dass auch sie im Falle der Zahlungsunfähigkeit eines Eurostaates für die Bewältigung der Folgekosten herangezogen würden. Dies hätte den willkommenen Effekt, dass die einzelnen Eurostaaten je nach Finanzlage unterschiedliche Zinszahlungen zu entrichten hätten und durch diesen Marktmechanismus automatisch zu solider Haushaltsführung angehalten würden.